

Havixbeck, **12.11.2024**
Fachbereich: **Fachbereich II**
Aktenzeichen: II / 13
Bearbeiter/in: **Katrin Koddebusch**
Tel.: **33-119**

Schülerbeförderung - Fortführung des Angebots eines vergünstigten Deutschlandtickets für die Schülerschaft der Anne-Frank-Gesamtschule

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis		
		Für (j)	Gegen (n)	Enth (E)
1 Ausschuss für Soziales, Bildung und Teilhabe	26.11.2024			
2 Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2024			
3 Gemeinderat	12.12.2024			

in öffentlicher Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen: ja

Beschlussvorschlag

Die Schülerbeförderung zu den in Trägerschaft der Gemeinde Havixbeck gehörenden Schulen soll weiterhin mittels Zurverfügungstellung des Deutschlandtickets erfolgen. Darüber hinaus soll weiterhin denjenigen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II, die keinen Anspruch auf Erstattung von Schülerfahrtkosten haben, ein um 20,00 Euro rabattiertes und monatlich kündbares Deutschlandticket angeboten werden. Den Betrag von 20,00 Euro je Ticket trägt der Schulträger.

Dieses Modell soll auch in den Folgejahren und bei etwaigen Preisanpassungen des Deutschlandtickets fortgeführt werden unter der Bedingung, dass dies sich im Vergleich zu den Aufwendungen, die durch den Erwerb regulärer Schülertickets entstehen würden, für den gemeindlichen Haushalt nicht negativ auswirkt.

Begründung

In der Sitzung des Rates am 15.06.2023 wurde folgender Beschluss gefasst:

*Die Verwaltung wird als Schulträger beauftragt, mit der Firma Veelker über die vertraglichen Grundlagen mit dem Ziel zu verhandeln, die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von 49,- Euro anstatt des Schülertickets zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erreichen. Ferner soll denjenigen Schüler*innen in SEK I und II, die keinen Anspruch auf Erstattung der*

*Schülerbeförderungskosten haben, ein vergünstigtes Deutschlandticket für 29,- Euro pro Monat (jederzeit kündbar) angeboten werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Haushaltsansatz 2023 und folgende für Schülertickets nicht überschritten wird. Dies ist mit der Einführung zu kommunizieren. Damit möchte die Gemeinde auch eine Spaltung in den Schulklassen vermeiden, bei der einzelne Schüler*innen jederzeit deutschlandweit reisen können, andere jedoch nicht.*

Dieser Beschluss wurde daraufhin umgesetzt. Alle anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler (aktuell 75 an der Grundschule und 541 an der AFG) haben ein Deutschlandticket erhalten. Alle nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule haben die Möglichkeit ein vergünstigtes Deutschlandticket zu erwerben. Aktuell gibt es 34 Schülerinnen und Schüler, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Die Anzahl schwankt dabei monatlich und hat derzeit den bisherigen Höchststand erreicht.

Wie im Ausschuss für Soziales, Bildung und Teilhabe am 18.06.2024 berichtet, wurde mittels Runderlasses des Ministeriums vom 19.04.2024 die Fortführung des bisherigen Modells, das heißt Fortbestand des Deutschlandtickets inklusive der Möglichkeit des Angebotes eines um 20,00 Euro rabattierten Tickets für nicht Anspruchsberechtigte, für das Schuljahr 2024/2025 sichergestellt.

Im September 2024 hatten sich die Verkehrsminister der Länder dann darauf geeinigt, ab Beginn des kommenden Jahres den Preis des Deutschlandtickets von 49,00 Euro auf 58,00 Euro zu erhöhen. Dementsprechend sind auf dieser Grundlage die Mittel im gemeindlichen Haushalt für das Jahr 2025 eingeplant worden. Bei der weiteren Gewährung eines Rabattes von gleichbleibenden 20,00 Euro für „Selbstzahlende“ müssten diese dementsprechend ab Januar 2025 anstatt 29,00 Euro dann 38,00 Euro für das Ticket zahlen.

In Anbetracht der aktuell ungewissen Entwicklungen aufgrund des Koalitionsendes auf Bundesebene wäre jedoch eine mögliche weitere Preissteigerung denkbar, wenn das 10. Änderungsgesetz zum Regionalisierungsgesetz nicht beschlossen wird. In dem Gesetz geht es darum, dass nicht eingesetzte Mittel aus dem Jahr 2023 für einen gesicherten Preis des Deutschlandtickets in den Jahren 2024 und 2025 sorgen sollen. Bund und Länder finanzieren jährlich das Deutschlandticket jeweils mit rund 1,5 Milliarden Euro. Der Bund hat bisher noch keine konkreten Zusagen für 2026 und die Jahre danach gemacht.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen ungewissen Entwicklungen wird daher vorgeschlagen, so lange nach dem derzeitigen Modell zu verfahren, wie sich dieses im Vergleich zu regulären Schulwegtickets nicht nachteilig für den gemeindlichen Haushalt auswirkt und somit weiterhin den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit einer deutschlandweiten Mobilität zu ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen

Produkt 0304 – Schülerbeförderung

In der Haushaltsplanung für 2025 wurde bereits der Ansatz für Schülerfahrtkosten aufgrund der Annahme einer Preissteigerung von 49,00 Euro auf 58,00 Euro pro Ticket und einem Zuschuss von 20,00 Euro für eine etwa gleichbleibende Anzahl an Tickets für nicht Anspruchsberechtigte kalkuliert.

Sollten sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene hier noch Änderungen ergeben, müsste dies gegebenenfalls in der Änderungsliste zum Haushaltsplan 2025 berücksichtigt werden.

Jörn Möltgen